

Interview
17. März 2022

Der FDP-Fraktionsvize Alexander Graf Lambsdorff im Gespräch mit Jasper Barenberg

Jasper Barenberg: Von einem unbekanntem Ort in Kiew wendet sich Wolodymyr Selenskyj an Abgeordnete und an die Öffentlichkeit, während Russland sein Land weiter bombardiert. Unaufhörlich bittet der Präsident Staats- und Regierungschefs mehr zu tun im Kampf um die Existenz seines Landes. Im britischen Unterhaus hat er das getan, im Europäischen Parlament, im kanadischen Parlament und gestern Abend gegenüber den Abgeordneten und Senatoren in Washington. „Wir brauchen Sie jetzt“, rief er dort am Ende. „Ich fordere Sie auf, mehr zu tun.“ Um neun Uhr soll er heute in einer Videoschleife im Bundestag in Berlin sprechen. – Am Telefon ist Alexander Graf Lambsdorff, der Fraktionsvize der Liberalen im Bundestag. Schönen guten Morgen, Graf Lambsdorff.

Alexander Graf Lambsdorff: Guten Morgen, Herr Barenberg.

Barenberg: Wie wichtig ist das für Sie, dass Präsident Selenskyj im Bundestag heute sprechen kann?

Graf Lambsdorff: Das wird ein historischer Moment im Deutschen Bundestag. Da gibt es überhaupt keinen Zweifel. Einmal aus parlamentarischer Sicht. Wenn ein Staatsoberhaupt redet, ist das immer ein besonderer Moment. Wir haben eine Kriegssituation, aus der heraus sich Präsident Selenskyj an Deutschland wendet. Das ist schon etwas wirklich ganz Besonderes. Man sah es auch in seinen Reden an den amerikanischen Kongress, das Europäische Parlament, das britische House of Commons. Das ist ein ganz besonderer Moment und die Kolleginnen und Kollegen im Deutschen Bundestag sind sich dessen auch sehr bewusst.

Barenberg: Welche Bedeutung kann diese Rede, kann eine solche Rede haben für die Haltung, für die Politik der Bundesregierung in diesem Krieg Putins gegen die Ukraine?

Graf Lambsdorff: Ich glaube, sie wird diese Haltung bestärken. Was wir am 27. Februar vom deutschen Bundeskanzler gehört haben, war ja – und Ihre Kollegen haben das eben in der Sendung auch schon einmal gesagt – eine echte Zeitenwende in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Es werden Waffen in ein Kriegsgebiet geliefert, um die Ukraine in ihrem Kampf gegen diese Invasion zu unterstützen. Wir werden die Bundeswehr ertüchtigen. Es gibt ein wirklich knallhartes Sanktionsregime gegen die Russische Föderation. Das heißt, die deutsche Politik ist eine, die auf Unterstützung der Ukraine ausgerichtet ist, und Präsident Selenskyj wird das, vermute ich, auch honorieren und vermutlich aber auch – davon muss man realistischer Weise ausgehen – noch die eine oder andere Anregung, den einen oder anderen Vorschlag machen, was man noch tun könnte. Das hat er bei der Rede im amerikanischen Kongress genauso getan und das ist das, was ich erwarte.

Barenberg: Und er hat dort wie auch schon zu früheren Anlässen ja auch noch mal gesagt, was wir gerade im Originalton noch mal gehört haben, die Ukraine verteidigt nicht nur ihre eigene Staatlichkeit, ihre eigene Existenz, sie verteidigt auch die Werte Europas und der Welt. – Hat Wolodymyr Selenskyj recht?

Graf Lambsdorff: Ja! Der heiße Krieg in der Ukraine ist ein Teil eines ganz großen globalen Kampfes von Diktatur, Illiberalität, Unterdrückung auf der einen Seite gegen Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auf der anderen Seite. Vergessen wir nicht: Die Ukraine ist ein Land, das bei allen Schwierigkeiten immer wieder demokratische Wahlen abgehalten und friedliche Machtwechsel organisiert hat. Es ist ein Land, in dem Demonstrationen stattfinden dürfen, Aktivisten nicht weggesperrt werden. Das Land ist mit anderen Worten demokratisch und es ist frei und in beiderlei Hinsicht unterscheidet es sich von Russland. Russland hat das Land völlig unprovokiert überfallen und in der Ukraine wird für westliche Werte, für unsere Werte gekämpft und gestorben.

Barenberg: Wenn das so ist, wird die Bundesregierung diesem Anspruch im Moment gerecht? Wolodymyr Selenskyj hat gestern noch mal in Washington gesagt – und das kann man wahrscheinlich

auch auf die Bundesregierung beziehen; Sie haben das ja angedeutet: weitere Anregungen, weitere Vorschläge dürften kommen -, ich fordere Sie auf, mehr zu tun. Wie ist dann Ihre Antwort?

Graf Lambsdorff: Wir tun viel und es wird auch noch mehr geschehen. Wenn Sie die Rede der Bundesaußenministerin in der Aktuellen Stunde zur Ukraine gestern im Deutschen Bundestag gehört haben, dann konnten Sie dieser Rede entnehmen, dass da Dinge passieren, über die nicht auf dem Marktplatz oder im Internet berichtet wird, um es einmal alt- und einmal neomodisch zu sagen. Es passieren Dinge, die Ukraine wird unterstützt, es wird Hilfe bereitgestellt und ich glaube, dass das genau das begründet, was ich eben formuliert habe, dass die Rede des Präsidenten die deutsche Politik bestärken wird. Ich glaube, es wird hier keine politische Wende geben müssen, weil wir die Ukraine so unterstützen, wie wir das tun.

Barenberg: Jenseits des Militärischen – das schärfste Instrument, die schärfste Strafmaßnahme ist bisher ungenutzt: ein vollständiges Öl- und Gasembargo aus Russland. Kann das so bleiben?

Graf Lambsdorff: Robert Habeck ist ja sehr klar, was diese Dinge angeht. Als Bundeswirtschaftsminister sagt er, wir können im Moment nicht ein schnelles Embargo verhängen, wir können nicht schnell aussteigen. Wir müssen es aber tun und wir werden alles dafür tun, dass wir es so schnell wie möglich schaffen. Er ist ja in Oslo gewesen, hat dort ein Abkommen unterzeichnet. Er fliegt weiter nach Katar. Es passiert jetzt mit dieser Ampel-Regierung etwas, das über 20 Jahre zuvor versäumt worden ist, und zwar die Diversifizierung der deutschen Energieversorgung – ein Begriff, den ich seit 20 Jahren in meinem politischen Leben immer wieder höre, der aber in Deutschland sträflich vernachlässigt worden ist. Im Gegenteil! Mit den Nord Stream Pipelines eins und zwei ist ja die Diversifizierung nicht nur nicht passiert, sondern sie ist ja quasi ins Gegenteil verkehrt worden. Man hat sich immer weiter abhängig von Russland gemacht und das führt dazu, dass Deutschland energiepolitisch heute nicht so souverän ist, wie es sein müsste, um eine solche Entscheidung zu treffen. Wir können sie zurzeit nicht treffen, ohne explodierende Arbeitslosigkeit und den Zusammenbruch ganzer Branchen und Regionen zu riskieren.

Barenberg: Sie haben das angedeutet: Militärisch ist die Haltung der Bundesregierung, ist auch die Haltung vieler Verbündeten, dass man nicht Gefahr laufen will, als Kriegspartei betrachtet zu werden. Also bleibt vor allem die deutsche Wirtschaftskraft als Hebel. Können Sie sagen und ist die Maßgabe, dass alles auf den Tisch muss, dass alles getan werden muss in dieser Hinsicht, was überhaupt möglich ist, und heißt das dann auch, eher früher als später, möglichst früher, muss es dieses Gas- und Ölembargo vollständig geben?

Graf Lambsdorff: Herr Barenberg, die Bundesregierung ist dabei, die Möglichkeiten zu schaffen, um ein solches Embargo zu verhängen. Wir sind nicht an diesem Punkt und ich werde jetzt hier nicht eine Forderung im Deutschlandfunk verkünden, dass man das sofort machen müsse. Aber so, wie Sie es formulieren, eher früher als später, ja! Sobald es möglich ist, ohne dass die deutsche Volkswirtschaft dabei in die Knie geht, muss es passieren, und das ist das Ziel dieser Bundesregierung. Das ist das Ziel auch dieser Ampel-Koalition. Die unterstützt die Bundesregierung genau auf diesem Weg.

Barenberg: Wir haben alle die Bilder im Kopf, die uns dieser Tage über die entsetzlichen Zustände vor allem für die Zivilbevölkerung, sagen wir, in Mariupol, an vielen anderen Orten erreichen. Wie lange, sagen Sie uns, hält die NATO das aus, in der Rolle des Zuschauers zu bleiben?

Graf Lambsdorff: Die NATO ist nicht in der Rolle des Zuschauers. Die NATO-Staaten unterstützen ja sehr aktiv. Die Amerikaner, die Franzosen, die Briten, auch die Deutschen unterstützen sehr aktiv die Ukraine in ihrem Kampf gegen diese Invasion. Aber die NATO als Bündnis in den Krieg hineinzuziehen, das würde wirklich ein Risiko bedeuten, das wir nicht eingehen können, nämlich das Risiko einer direkten kriegerischen militärischen Auseinandersetzung mit der Russischen Föderation, und dann haben wir das Risiko des Dritten Weltkrieges, einer nuklearen Auseinandersetzung, eines Atomkrieges in Europa. Das ist etwas, das wir nicht verantworten können und auch nicht verantworten werden.

Barenberg: Aber dann bleibt es ja so, dass die NATO am Ende Zuschauer ist und dass es allein bei Wladimir Putin liegt, wann die Panzer aufhören zu rollen und wann die Jets aufhören, Raketen abzufeuern?

Graf Lambsdorff: Nein! Wenn Sie sich einfach mal anschauen, was geliefert wird aus Deutschland, wenn Sie schon auf Panzer abheben; es sind Panzerfäuste geliefert worden. Es sind Man-Pads

geliefert worden, um niedrig fliegende Hubschrauber und Flugzeuge abzuschießen. Wenn Sie sich die Lieferung aus den USA, die heute Morgen verkündet worden ist, anschauen, dann sind es genau panzerbrechende Waffen, es sind Gefechtsfeldwaffen. Die Vorstellung, die NATO säße am Rande und würde nichts tun, die ist einfach nicht zutreffend. Aber das Bündnis als solches als Kriegspartei zu etablieren, das ist etwas, das alle Verbündeten ablehnen, angefangen bei Joe Biden, und auch die deutsche Bundesregierung lehnt das ab. Und ich glaube, das ist auch genau richtig so. Wir wollen keinen Atomkrieg riskieren, sondern wir wollen der Ukraine dabei helfen, diese Invasion zurückzuschlagen und den Weg freizumachen für eine verhandelte Lösung, denn das ist mit Sicherheit das bessere Ziel hier, als das Risiko eines Atomkrieges einzugehen.

Barenberg: Sehen Sie es auch so, dass in irgendeiner Form eine Neutralität für die Ukraine, sofern die Ukraine dem zustimmt, ein Weg sein könnte, einen Ausweg aus der Gewalt zu finden?

Graf Lambsdorff: Ja! Ich habe das immer verteidigt, das vor dem Hintergrund des Budapester Memorandums 1994 mit den Garantien, die es damals gab, als die Ukraine ihre Nuklearwaffen abgegeben hat. Dass dann 2008 gesagt wurde von Deutschland und Frankreich, die Ukraine in die NATO aufzunehmen, das ginge zu weit. Dass die Russische Föderation sich heute so verhält unter Präsident Putin, wie sie das tut, ist erschreckend und beschämend für die russische Politik. Aber dass die Perspektive einer garantierten, mit Sicherheitsgarantien versehenen Neutralität nicht nur diskutiert wird, sondern in Kiew auch von Präsident Selenskyj inzwischen akzeptiert wird, glaube ich, das zeigen die Debatten und die Beiträge der letzten Tage. Ich halte das für einen sinnvollen und gangbaren Weg.

Barenberg: Wer sollte diese Sicherheit dann garantieren, wo alle Garantien nichts gegolten haben und hinfällig waren?

Graf Lambsdorff: Ich glaube, dass die Erfahrung, die Russland mit dieser Invasion gerade macht, eine ganz fürchterliche ist. Sie dürfen nicht vergessen, dass aus Moskauer Sicht diese Invasion gar nicht hätte stattfinden sollen, jedenfalls nicht in diesem Ausmaß, in dieser Dauer. Man hat dort erwartet, binnen 48 Stunden die Ukraine in die Knie gezwungen, den Präsidenten verhaftet und eine Marionettenregierung installiert zu haben. Das, was Russland jetzt erfahren hat, ist, dass die ukrainische Nation selbstbewusst ist, dass das ukrainische Militär leistungsfähig ist, dass die Verbündeten der Ukraine sie unterstützen. Ich glaube, dass, so schrecklich dieser Krieg ist, mindestens die Lektion da ist, dass es nie wieder passieren wird, dass die Ukraine überfallen wird von Russland, dass Präsident Putin oder einer seiner Nachfolger diesen Fehler noch einmal machen wird.

Barenberg: Wie am Ende das ausgehen wird und was es am Ende bedeuten wird, Graf Lambsdorff zum Schluss, das wird alles nichts daran ändern, dass die NATO-Russland-Grundakte von 1997 hinfällig ist und die NATO darauf hinausläuft, dass sie Vorbereitungen trifft, dauerhaft erhebliche Truppen in Osteuropa zum Schutz gegen Russland zu stationieren.

Graf Lambsdorff: Das sehe ich wie Sie, Herr Barenberg. Das ist eine Diskussion, die wir jetzt führen müssen, sowohl in Deutschland als auch im Bündnis. Aber ich will das hier deutlich sagen: Wenn wir in Berlin von Landes- und Bündnisverteidigung reden, dann ist Bündnisverteidigung genau das, was Sie gerade ansprechen. Das ist der Schutz des NATO-Gebietes und die NATO-Russland-Grundakte in der Tat ist obsolet. Von daher, glaube ich, ist auch die Verlegung weiterer Einheiten in die östlichen Mitgliedsstaaten der NATO inzwischen angezeigt. Die deutsche Bundeswehr kann da einen Beitrag zu leisten. Wir stehen bereits in Litauen, wir sind auch in Rumänien mit Eurofightern unterwegs, genauso wie im Baltikum im Air Policing, in der Luftraumüberwachung. Das Ganze wird aber dadurch möglich, dass die Ampel-Koalition ein Sondervermögen für die Bundeswehr beschlossen hat, mit dem die Bundeswehr auch wieder in die Lage versetzt wird, einen wirklich relevanten Beitrag zur Bündnisverteidigung zu leisten. Auch das ist ein Teil dieser sicherheitspolitischen Wende, die der Kanzler am 27. Februar verkündet hat.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.